

Antragssteller: Junge Union Ostholstein

Mitgliederentscheide über Koalitionsverträge auf Landes- und Bundesebene

Antrag:

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass bei der CDU Schleswig-Holsteins und Deutschlands zukünftig über Koalitionsverträge ein bindender Mitgliederentscheid durchgeführt wird. Abstimmungsberechtigt ist jedes Mitglied, das zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits 6 Monate Mitglied der CDU Schleswig-Holsteins, bzw. Deutschlands ist.

Begründung:

Die CDU Schleswig-Holstein und Deutschland verstehen sich als Mitmachpartei. Ortsverbands- und Kreisjahreshauptversammlungen werden als Mitgliederversammlungen durchgeführt. Jedes Mitglied kann dort Anträge einreichen, sich für ein Amt bewerben und hat dort eine Stimme bei Abstimmung sowie Wahlen. Gleichmaßen wird versucht, immer mehr Mitglieder in die Verbandsarbeit einzubinden. Ob in Seminaren, Kommissionen oder auch in den Gremien von Gemeinden und Kreisen können sich die Mitglieder der CDU für ihre Partei und ihre Heimat einsetzen. Dieses Verständnis von einer Mitmachpartei hat dafür gesorgt, dass die CDU sich zur Volkspartei entwickelt hat, und muss auch weitergetragen werden, damit die CDU weiterhin eine Volkspartei bleibt.

Seit einigen Jahren führen die Parteien von FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen über Koalitionsverträge schon Mitgliederentscheide durch. Dies hat auch Auswirkungen auf die Koalitionsverhandlungen. Den Zustimmungsvorbehalt der eigenen Mitglieder nutzen die Parteien als effektive Drohkulisse in den Verhandlungen. So mussten CDU und CSU gerade nach der Bundestagswahl schmerzhaft Zustimmungen machen, um eine Zustimmung zu sichern. Diesen Zustimmungsvorbehalt kann die CDU nicht gleichermaßen ausnutzen. Das Ergebnis des Parteitages, der über den Koalitionsvertrag entscheiden soll, steht bereits fest. Offen ist lediglich die Höhe der Zustimmung. Die Parteitagsdelegierten sind gerade bei der CDU Schleswig-Holstein in nicht geringer Zahl ferner die Mitglieder, die auch zuvor den Koalitionsvertrag mit ausgearbeitet haben.

Die Junge Union Schleswig-Holsteins ist der Auffassung, dass auch die Mitglieder der CDU bei einer Mitmachpartei über solch weitreichende Fragen beteiligt werden müssen. Die aktuelle Praktik der Entscheidung durch einen Bundes-/Landesparteitag oder etwa bei der CSU nur durch einen Vorstandsbeschluss hat einen elitären Charakter, der dem Verständnis einer

Mitmachpartei widerspricht. Die Zuhörtour und auch die nun anstehenden Regionalkonferenzen der CDU Deutschlands zeigen, dass die Mitglieder berücksichtigt werden wollen und in die Entscheidungsfindung der CDU eingebunden werden wollen.

Bei der SPD sind nach der Bundestagswahl massenweise Mitglieder in die Partei eingetreten, um über den Koalitionsvertrag mitzubestimmen. Direkt danach sind sie jedoch wieder ausgetreten. Dies zeigt, dass durchaus eine Missbrauchsgefahr besteht. Indem aber nur Mitglieder abstimmungsberechtigt sind, die zum Zeitpunkt der Abstimmung 6 Monate Mitglied in der CDU sind, wird dies verhindert. Sodann müssten derartige Personen bereits Monate vor der Wahl Mitglied der CDU geworden sein. Ein solches Verhalten war allerdings bei der SPD nicht zu erkennen.